

Antrag

DS 501/2018 öffentlich

Datum:

26.03.2018

Absender:

Fraktion DIE LINKE - Bündnis90/Die Grünen

Gremium:

Sitzungstermin:

Kreistag Stendal

05.04.2018

Betreff: Engagement für ein friedliches Zusammenleben und sozialen Zusammenhalt

Gegenstand des Antrages:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass sich die seit 2015 geplante Landesaufnahmeeinrichtung (LAE) des Landes Sachsen-Anhalt für Geflüchtete in der Hansestadt Stendal nunmehr schrittweise in der Umsetzung befindet. Das erfordert ein vorausschauendes und sensibles Agieren aller politischer und gesellschaftlicher Verantwortungsträger, so auch der Mitglieder des Kreistages des Landkreises Stendal. Dieser Herausforderung wird sich der Kreistag stellen.
2. Der Landrat wird gebeten, über das Informationsportal "Der Landrat informiert" regelmäßig im engen Zusammenwirken mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stadt Stendal über die Entwicklung der Einrichtung und der damit verbundenen kommunalen Erfordernisse zu berichten. Eine kontinuierliche Einbeziehung der Fachausschüsse des Kreistages zu den sich aus der Errichtung und Betreuung der LAE ergebenden infrastrukturellen, sozialen, medizinischen und kulturellen Fragestellungen ist abzusichern.
3. Der Kreistag des Landkreises Stendal wird sich dafür einsetzen, sozialer Ungleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern, von Einwohnerinnen und Einwohnern durch ein verstärktes Engagement zur Weiterentwicklung von sozialen Netzwerken, Beratungsangeboten, interkulturellen Begegnungen und weiteren Hilfsangeboten zur Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut entgegen zu treten, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Der Zusammenarbeit von Landkreis und Kreisstadt sollte dabei besonderes Augenmerk geschenkt werden.



Dr. Helga Paschke
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Zu 1: Die Mitglieder des Kreistags sehen es für unverzichtbar an, durch eine vorausschauende und engagierte Arbeit zur Sicherung und weiteren Herausbildung des sozialen Friedens in unserer Region beizutragen. Es ist die Pflicht aller Verantwortlichen, egal auf welcher politischen Ebene, so auch und gerade in den Kommunen, durch eine Vielzahl von Aktivitäten ein friedliches Miteinander von Einwohnerinnen und Einwohnern zu fördern. Dies trägt wesentlich dazu bei, ein Klima der Weltoffenheit zu bewahren und herauszubilden und alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus aktiv begegnen zu können.

Zu 2: Die den Antrag stellende Fraktion hält es für dringend geboten, regelmäßig über den Stand der Entwicklungen zu berichten. Hierfür sollten auch verstärkt elektronische Kommunikationswege genutzt werden, die eine Dialogkultur ermöglichen. In der Vergangenheit hat sich die Einbeziehung kommunaler Gremien (Fachausschüsse) bewährt. Ferner hat sich gezeigt, dass im Dialog von vielfältigen Akteuren eine Vielzahl von Initiativen entwickelt werden können, die das Zusammenleben in der Kommune bereichern und Lösungsansätze für auftretende Probleme bieten. Dem Landkreis kommt hierbei oftmals eine Bündlungsfunktion zu.

Zu 3: Mit der kontinuierlichen Diskussion über die Beratungsstellenlandschaft, der finanziellen Förderung sozialer Einrichtungen und Vereine und mit anderen bereits bewährten kommunalen Initiativen, kann der Landkreis auf einer soliden Grundlage aufbauen und durch weitere Aktivitäten zur Milderung sozialer Probleme (z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut) beitragen und damit den sozialen Zusammenhalt stärken.